Anfrage zum Lobbying des Kantons Luzern in Bundesbern

Der Regierungsrat führt in seiner Kantonsstrategie aus, dass sich die Agglomeration Luzern zwischen den Schweizer Metropolitanräumen und im internationalen Kontext behaupten muss. Deshalb werden Fusionen unterstützt. Der Grossraum Luzern könne, so die Kantonsstrategie, sein wirtschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Potenzial nur so ausschöpfen. Nur damit kann nach Ansicht der Regierung das Kantonszentrum auf nationaler Ebene an Stärke und an Einfluss gewinnen. Aus der Sicht der FDP.Die Liberalen führen Fusionen alleine nicht zu den in der Strategie erwähnten Vorteilen. Aus Strategien müssen zwingend konkrete Massnahmen abgeleitet werden. Man muss zur Zielerreichung etwas tun. Andere Kantone scheinen das erkannt zu haben. So sucht der beispielsweise der Kanton Basel Stadt einen Leiter für die politische Interessenvertretung in Bundesbern. Der damit verbundenen Berichterstattung der NZZ (Ausgabe Nr. 25 vom 31. Januar 2012, S. 9) über das Lobbying der Kantone in Bundesbern kann entnommen werden, dass anscheinend auch der Kanton Luzern derzeit eine Reorganisation der entsprechenden „Stelle" prüfe. Dies mit dem Ziel, die Interessenvertretung des Kantons Luzern im Bund zu stärken.

Die FDP.Die Liberalen sind der Ansicht, dass eine starke und prägende Interessenvertretung in Bundesbern in Ergänzung zum Wirken der National- und Ständeräte sinnvoll und zielführend sein kann. Wir unterstützen es daher, wenn die Regierung „diese Stelle" überprüft. Vor allem auch das Projekt ‚Tiefbahnhof' zeigt auf, dass eine solche Interessenvertretung notwendig ist. Andernfalls ist Aufgrund der Lobbying-Bemühungen anderer Kantone ein Wettbewerbsnachteil für den Kanton Luzern zu befürchten. Weil der mit einer solchen Stelle zu erzielende Mehrwert nur schwer messbar ist, muss aber aus liberaler Sicht den damit verbundenen Kosten eine hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir bitten den Regierungsrat deshalb, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat im Bereich der politischen Interessenvertretung in Bern?
2. Welche Stelle befasste sich bisher mit der politischen Interessenvertretung in Bern?
3. Wie soll das künftige Lobbying des Kantons Luzern in Bundesbern ausgestaltet werden?
4. Welche Aufgaben soll die Luzerner Lobbying-Stelle übernehmen?
5. Wie sollen die Regionalen Entwicklungsträger in das Lobbying integriert werden?
6. Sollen und können weitere Organisationen (z.B. IHZ) ins Lobbying integriert werden?
7. Welche Kosten sind damit verbunden? Kann das Lobbying kostenneutral umgesetzt werden (z.B. durch Verzicht auf andere Instrumente)?

Emmen, 2. Februar 2012

Name	Unterschrift
Rolf Born	R. Born